

# RATS Kompass

AUSGABE #1|2020

Teures Gut: Steigende Mieten und Wohnraum-Zweckentfremdung verdrängen Familien und Singles mit kleinem bis mittlerem Einkommen aus der Stadt. Und die Spekulation mit Gewerbeimmobilien setzt zunehmend auch Traditionsgeschäfte unter Druck ...

↳ Seiten 3 und 4

Unsichere Zukunft: Nach jahrelangem Streit hat die Ratsmehrheit gegen die Stimmen der Opposition beschlossen, auf dem Gebiet der Kleingartenkolonie Friedenau künftig Gewerbe anzusiedeln. Unbekannt ist, welche Branche dort investieren will. Genauso unklar ist die Zukunft der 18 Pächter\*innen, die das Gelände bis Ende 2020 räumen müssen ...

↳ Seite 7

Sicherer Hafen: Der Rat hat Anfang 2019 per Beschluss die Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme von Flüchtlingen erklärt, die in Seenot geraten sind. Nach einem Jahr stellt sich die Frage, ob das nur eine wortreiche Erklärung ohne praktische Konsequenzen gewesen ist ...

↳ Seite 8

Erfolg und Trauer: Mit Hartnäckigkeit hat ein Bezirksratsmitglied die Benennung eines Grünzuges in Davenstedt-West nach einer historischen Friedensregion erreicht. Zur Enthüllung von Straßennamen- und Legenden-schildern kamen auch internationale Gäste. In Ricklingen hingegen ist der Tod eines sehr engagierten Bezirksratsmitgliedes Anlass zur Trauer ...

↳ Seiten 10 bis 11



## Liebe Leser\*innen,

zunächst im Namen der Gruppe LINKE & PIRATEN nachträglich ein frohes Neues, mögen Ihre Wünsche in Erfüllung gehen!

In unsere Neujahrausgabe hat es Ex-Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) geschafft. Im Mai vergangenen Jahres schied er mit 55 Jahren vorzeitig aus dem Amt und erhält seitdem Ruhestandsbezüge von fast 4.000 Euro im Monat. Wir haben nichts

gegen den Menschen Schostok, finden das üppige Versorgungssystem aber nicht in Ordnung. Deswegen plädieren wir dafür, diese Frühverrentung von Bürgermeister\*innen und Landrät\*innen in Niedersachsen zu stoppen.

Vom neuen Oberbürgermeister Belit Onay (GRÜNE) erwarte ich, dass er seine Versprechungen aus dem Wahlkampf einhält, insbesondere eine engagiertere Flüchtlingspolitik befördert. Vor einem Jahr hat der Rat auf unsere Initiative die Landeshauptstadt zum Sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt. Jetzt wird es Zeit, der Erklärung auch praktische Taten folgen zu lassen, denn die Not der Flüchtlinge ist nach wie vor sehr groß.

Nach jahrelangem Streit hat das Ampelbündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP Fakten geschaffen: Der Rat beschloss gegen die Stimmen der Opposition, die 18 Kleingärten in der Hainhölzer Kolonie Friedenau zu kündigen, um dort Gewerbe anzusiedeln. Das Ampelbündnis nimmt dabei soziale Härten in Kauf. Wir berichten über die Hintergründe und lassen auch betroffene Kleingärtner\*innen zu Wort kommen.

Die Stadt tut zu wenig gegen steigende Mieten. Wir fordern nicht nur, deutlich mehr Wohnraum zu schaffen, vor allem Sozialwohnungen. Wir wollen auch findigen Geschäftemachern das Handwerk legen, die Wohnungen dem allgemeinen Mietmarkt entziehen und durch spekulative Zweckentfremdung die Wohnungsnot verschärfen.

Trotz steigender Unfallzahlen verschiebt die Stadt den Bau von sicheren Fahrradstraßen. Wir fordern,

die Fahrradstraßen als Solarradwege mit verbindlichen Standards ohne Zeitverzug anzulegen. Ohne Zeitverzug sollten auch die Sanierungs- und Neubauvorhaben im Schulbereich anlaufen. Wir brauchen eine wirkliche Offensive im Schulbau, damit Schüler\*innen in gutem Umfeld vernünftig lernen können.

Die Betreiber\*innen des Béi Chéz Heinz kämpfen um die Zukunft ihres bundesweit anerkannten alternativen Musikclubs. Dieser ist bisher im Keller des Fössebads untergebracht. Da das marode Bad einen Neubau erhält, muss der Club weichen. Wir berichten über den Rettungsplan der Betreiber\*innen, für den sie mit Spenden und Krediten selbst aufkommen wollen.

In unserem Ratskompass berichten wir regelmäßig über die Arbeit in den Stadtbezirksräten. Diesmal liegen Freude und Trauer sehr nahe beieinander. Auf Initiative unseres Stadtbezirkspolitikers Siegfried Egyptien erinnert in Davenstedt-West nun ein Grünzug an die historische Friedensregion „Neutral-Moresnet“. In Ricklingen hingegen haben wir einen schmerzlichen Verlust hinnehmen müssen. Unerwartet und viel zu früh verstarb unser sehr engagierter und allgemein beliebter Bezirksratherr Andreas Fauteck im Alter von nur 55 Jahren.

Ihr

Bruno Adam Wolf  
stellvertretender Vorsitzender  
der Ratsgruppe LINKE & PIRATEN

## IMPRESSUM

### Herausgeberin:

Gruppe DIE LINKE & PIRATEN im Rat der Landeshauptstadt Hannover  
Schmiedestraße 39, 30159 Hannover, Tel.: 0511 168 326 00, Fax: /-326 08  
Email: linke.piraten@hannover-rat.de

### Redaktion:

Michael Fleischmann  
Hendrik de Boer  
V.i.S.d.P.: Dirk Machentanz

## „Zweckentfremdung von Wohnungen stoppen!“



**„Die Stadt muss findigen Geschäftemachern das Handwerk legen, die Wohnungen dem allgemeinen Mietmarkt entziehen und so die Wohnungsnot verschärfen.“**

Wirtschaftspolitikerin  
Brigitte Falke (LINKE)

Immer wieder geht Wohnraum für Hannoveraner\*innen verloren, weil fin-

dige Eigentümer\*innen Wohnungen für hotelähnliche Wohnformen zweckentfremden. Dazu gehören Wohnungen für Manager und andere Berufsgruppen, die viel unterwegs sind, wie etwa IT-Fachleute, oder Wohnraum für Städtetouristen\*innen. Hohe Mieteinnahmen sind gewiss, weil möblierte Wohnungen dieser Art nicht unter die Mietpreisbremse fallen und für eine zahlungskräftige Klientel gedacht sind.

Die Gruppe LINKE & PIRTAEN will diesem Treiben ein Ende setzen. Sie fordert in einem Antrag von der Stadt, eine sogenannte Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung auf den Tisch zu legen. Hinter diesem sperrigen Begriff verbirgt sich die Möglichkeit, die Umwandlung von Wohnraum für andere Zwecke - wie Gewerbe, Ferienwohnungen oder hotelähnliche Wohnformen - zu verbieten. Das gilt auch, wenn

die Eigentümerin oder der Eigentümer eine Wohnung abreißen oder absichtlich länger als drei Monate leer stehen lassen möchte.

Solche Zweckentfremdungen müssten dann bei der zuständigen Behörde beantragt werden, die das Vorhaben nur unter besonderen Voraussetzungen genehmigen darf. Möglich macht das ein neues Landesgesetz. Danach können Städte eine Wohnraum-Zweckentfremdungssatzung erlassen, wenn Mietwohnungen nicht zu angemessenen Bedingungen bereitstehen und deshalb die Wohnraumversorgung gefährdet ist. „Das ist in der Landeshauptstadt der Fall“, betont Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE). „Die Zweckentfremdung muss gestoppt werden!“

## Nicht-städtische Kitas finden keine Erzieher\*innen



**„Wer bei den Kleinsten spart, spart an der falschen Stelle.“**

Ratscherr Andre Zingler  
(LINKE)

Erzieher\*innen, die in Kindertagesstätten der Landeshauptstadt beschäftigt sind, erhalten mehr Geld als Erzieher\*innen in nicht-städtischen Einrichtungen. Diese Kitas werden meist von Wohlfahrtsverbänden oder den Kirchen betrieben. Die ungleiche Bezahlung führt dazu, dass die nicht-städtischen Kitas Probleme haben, genügend Personal zu finden. Eine verminderte Betreuungsqualität ist die Folge. Ratscherr Andre Zingler (Linke) sieht deshalb Handlungsbedarf. Er fordert von der Stadt, die Zuschüsse an die nicht-städtischen Einrichtungen zu

erhöhen, damit auch sie den Beschäftigten ein höheres Gehalt zahlen können. „Eine gute Betreuungsqualität hat seinen Preis“, sagt Zingler. „Wer bei den Kleinsten spart, spart an der falschen Stelle.“



## Stadt tut nix gegen explodierende Mieten



**„Die bis zu 1.300 Wohnungen, die das Ampelbündnis pro Jahr bauen lassen möchte, sind viel zu wenige, um die Mietenexplosion zu stoppen und die Wohnungsnot in unserer Stadt anzugehen.“**

Gruppenvorsitzender  
Dirk Machentanz (LINKE)

**A**uf Antrag des Ampelbündnisses aus SPD, GRÜNEN und FDP hat der Rat zwar beschlossen, das städtische Wohnraumförderprogramm bis 2023 fortzuführen, das sonst im nächsten Jahr aus-

gelaufen wäre. Danach soll die Stadt bis zu 1.300 Wohnungen im Jahr errichten und damit 300 mehr als bisher. „Das sind trotzdem viel zu wenige, um die Mietenexplosion zu stoppen“, kritisierte Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE) im Rat, „die Wohnungsnot geht weiter.“ Er bezog sich dabei auf eine Studie des renommierten Gewos-Instituts. Den Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN, pro Jahr zusätzlich 2.000 Wohnungen zu bauen, lehnten die anderen Fraktionen ab. Laut Gruppenantrag sollten von den neu errichteten Wohnungen mindestens 35 Prozent Sozialwohnungen und davon die Hälfte Belegrechtswohnungen sein.

Um die Belegrechtswohnungen dauerhaft zu sichern, beantragte die Ratsgruppe außerdem, in Zukunft keine städtischen Grundstücke mehr an private Investoren zu verkaufen. Stattdessen soll die Stadt die Grundstücke in Erbpacht vergeben. Danach fällt nur das Nutzungsrecht an den Investor. Das Grundstück bleibt im Eigentum der Stadt, die so die Kontrolle behält. Das Ratsmehrheit lehnte auch den Antrag ab, der städtischen Wohnungsgesellschaft hanova Wohnen eine Kapitalspritze zu geben, damit diese kurzfristig mehr Wohnungen bauen kann. „Unser Ziel ist,

die hanova Wohnen auf Dauer so zu stärken, dass sie den Wohnungsbau in der Landeshauptstadt in Zukunft allein wuppen kann“, erläutert Machentanz.

Das Gewos-Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung hatte 2011 im Auftrag der Stadt ermittelt, dass pro Jahr rund 1.250 Wohnungen in Hannover fehlen. Im deutschlandweiten Vergleich rangierte die Landeshauptstadt unter allen 15 Großstädten mit 0,5 Prozent Neubauwohnungen je 1.000 Einwohner\*innen an letzter Stelle. Seitdem ist die Einwohner\*innenzahl deutlich gestiegen, weil viele Menschen nach Hannover gezogen sind. Da viel zu wenige Wohnungen gebaut wurden und andere aus der Sozialbindung gefallen sind, dürfte sich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum deutlich verschärft haben. Wie dramatisch allein der jährliche Aderlass an Sozialwohnungen ist, zeigt folgender Vergleich: Die Stadt ließ im Jahr 2018 etwa 120 Sozialwohnungen bauen. Gleichzeitig entfiel für 750 Haushalte die Mietpreisbindung. Im Jahr 2019 waren davon 700 Wohnungen betroffen. Um belastbare aktuelle Zahlen zum Wohnraumangel zu erhalten, fordert Machentanz, die Gewos-Studie fortzuschreiben.

## Innenstadt: Traditionsgeschäfte unter Druck



**„Die Stadt muss ein Netzwerk aufbauen, um dem Sterben von Fachgeschäften in der Innenstadt zu begegnen.“**

Wirtschaftspolitikerin  
Brigitte Falke (LINKE)

**D**ie Gruppe LINKE & PIRATEN fordert von der Stadt, bessere Bedingungen für kleine und mittlere Fachgeschäfte in der Innenstadt zu schaffen, um diese dort zu halten und neue ansiedeln zu können.

Hintergrund ist nach der Geschäftsaufgabe des HiFi-Fachgeschäfts Thorenz, dem Wegzug des Modelleisenbahngeschäfts Train & Play nun die Ankündigung des Branchenriesen Thalia, die Decius-Buchhandlungen zu übernehmen.

Für hannoversche Traditionsunternehmen wird es zunehmend schwieriger, sich am Markt zu behaupten. Neben dem Onlinehandel setzen den Fachgeschäften vor allem immer höher steigende Mieten zu, wie im Fall des Modelleisenbahngeschäfts Train & Play. Oder es fehlen Nachfolger\*innen, die das Geschäft übernehmen. „Die Verwaltung muss überlegen, wie sie frühzeitig von solchen Entwicklungen erfährt und ein Netzwerk

aufbauen, das in solchen Fällen effektiv helfen kann“, fordert Wirtschaftspolitikerin Brigitte Falke (LINKE) von der Stadtspitze.



## Kronsberg-Süd: Stadt baut zu kleine Grundschule



**O**bwohl am Kronsberg das aktuell größte Neubaugebiet Niedersachsens mit rund 3.500 Wohnungen für 7.000 bis 8.000 entstehen soll, wird dort eine Grundschule mit nur drei Parallelklassen pro Jahrgang gebaut. Das beschloss der Rat mit den

Stimmen des Ampelbündnisses aus SPD, GRÜNEN und FDP. Das Bildungsdezernat der Stadt sieht damit den Bedarf an Grundschulplätzen ab dem Schuljahr 2025/2026 am Kronsberg nicht mehr gedeckt. Der Bau soll zudem im Rahmen einer sogenannten Öffentlich-Private Partnerschaft (ÖPP) erfolgen. Danach bezahlt ein Investor den Bau der Schule und vermietet sie anschließend an die Stadt. Nach vielen Jahren geht die Schule schließlich ins Eigentum der Stadt über. Da Privatfirmen eine Rendite erzielen wollen und bei den Banken höhere Zinsen für Kredite zahlen müssen, kommen ÖPP-Projekte die Steuerzahler\*innen nach Auffassung der Gruppe LINKE & PIRATEN teuer zu stehen. Auch Landes- und Bundesrechnungshof sehen ÖPP-Projekte kritisch.

Bildungspolitiker Bruno Adam Wolf (PIRATEN) beantragte im Schulausschuss, eine Grundschule mit vier Parallelklassen pro Jahrgangsstufe und eine Zweifeld-Sporthalle zu errichten, um den steigenden Schüler\*innenzahlen gerecht zu werden. Bisher ist nur eine Sportfläche geplant. Zudem regt die Ratsgruppe für den Bau eine Öffentlich-Öffentliche Partnerschaft (ÖÖP) an. Als öffentliche Vertragspartner der Stadt kommen etwa das städtische Unternehmen hanova WOHNEN, die Sparkasse Hannover oder Landesbanken infrage. Vorteile: Auf mögliche Gewinne eines solchen Modells hat die Stadt Zugriff, die zugleich den Bau besser steuern und kontrollieren kann. Die anderen Fraktionen lehnten den Antrag der Ratsgruppe im Rat ab.

## Engagement erfolgreich: IGS Linden erhält Neubau



**„Wir machen weiter Druck, damit der Neubau schon vor 2030 kommt.“**

David Müller  
Vorsitzender der  
Linksfraktion im  
Bezirksrat Linden-Limmer

**S**eit langem kämpfen die Linksfraktion und auch der PIRAT im Bezirksrat Linden-Limmer zusammen mit der Ratsgruppe für einen Neubau der maroden IGS Linden. Nach Protesten von tausenden Schüler\*innen und Lehrer\*innen hat sich nun auch das Ampelbündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP im Rat für einen Neubau ausgesprochen. Aber nur mit langfristiger Perspektive. Baustart soll erst 2030 sein. Bruno Adam Wolf (PIRATEN), Bildungspolitiker der Ratsgruppe, hatte im Dezember 2019 im Schulausschuss beantragt, spätestens im Jahr 2025 zu starten. Die Ampelfraktionen lehnten das ab.

„Wir machen weiter Druck, damit der Neubau schon früher kommt“, verspricht Linksfraktionschef David Müller im Bezirksrat Linden-Limmer und ergänzt: „In der Bauzeit muss der Unterricht in Behelfsgebäuden lückenlos sichergestellt sein.“ Die Linksfraktion unterstützt einen Neubau in

unmittelbarer Nähe der jetzigen IGS am Lindener Berg. Das Gebäude könnte auf einer etwa 4.000 Quadratmeter großen Fläche im Von-Alten-Garten zwischen IGS, Kindergarten und Martinskirche errichtet werden. „Dieser Standort wird von der IGS Linden befürwortet“, begründet Müller. „Kein Wunder, denn er liegt zentral und ist gut erreichbar.“

Das Ampelbündnis lässt die veraltete Ganztagschule bisher nur schrittweise sanieren. Die Unterrichtsräume sind zu klein, und Aufenthaltsbereiche gibt es kaum. Schüler\*innen müssen täglich auf dem Boden sitzen.

Angesichts vieler weiterer maroder Schulgebäude, steigender Schüler\*innenzahlen und zu weniger Schulplätze fordert Bruno Adam Wolf (PIRATEN) nun eine „Offensive im Schulbau“.

## Trotz steigender Unfallzahlen: Stadt verschiebt Bau von sicheren Fahrradstraßen



Solarradewege produzieren Ökostrom und sind auch im Winter weitgehend schnee- und eisfrei.

Die Ratsgruppe fordert angesichts steigender Unfallzahlen mit Radler\*innen, umgehend mit dem geplanten Bau von sicheren Fahrradstraßen zu beginnen. Diese sollen eingebettet sein in ein Gesamtnetz

von deutlich gekennzeichneten und sicheren Hauptverbindungen für den Radverkehr. Die Stadt will dagegen Fahrradstraßen erst später bauen, weil ein Gutachten fehlt. Dieses sollte eigentlich bis Jahresende 2019 vorliegen, ist aber nun erst für März 2020 angekündigt.

Laut jüngsten Statistiken kommt es wegen fehlender Radwege immer häufiger zu schweren Unfällen. Die Lokalpresse berichtete 2019 mehrfach von Radfahrer\*innen, die im Straßenverkehr schwer verletzt wurden oder tödlich verunfallten - beispielsweise von einem in Groß-Buchholz getöteten Radfahrer, dem ein LKW die Vorfahrt genommen hatte.

„Es kann nicht sein, dass ein verspätetes Gutachten den Bau lebenswichtiger Radwege weiter verzögert“, kritisiert Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE). Damit die Fahrradstraßen wirklich sicher sind, bedürfe es verbindlicher Standards. Die Stadt müsse etwa den Kfz-Durchgangsverkehr begrenzen, unterstreicht er mit Blick

auf die Niederlande. „Das Mindeste ist eine Einbahnstraßenregelung.“

### Mit Solarradwegen in die Zukunft

Um den nötigen Platz für die Fahrradstraßen zu erhalten und zugleich den Autoverkehr unattraktiver zu machen, fordert die Ratsgruppe, auf breiten mehrspurigen Straßen eine Fahrspur dem Radverkehr zu widmen. Wo es möglich ist, solle die Stadt die neuen Fahrradstraßen als Solarradwege anlegen, fordert Umweltpolitiker Bruno Adam Wolf (PIRATEN). „Dafür hat sich auf unsere Initiative auch der Bezirksrat Linden-Limmer ausgesprochen.“ Es handelt sich um Radwege mit einem gummiähnlichen Photovoltaik-Belag, der selbst im Winter bei verhangenem Himmel Ökostrom produziert. Dieser Strom soll an Ladestationen für E-Bikes bereitgestellt oder ins öffentliche Stromnetz eingespeist werden. Durch eine erhöhte Temperatur infolge der Stromproduktion haben Schnee und Eis auf diesen Radwegen auch bei eisigen Minusgraden wenig Chancen.

## Schwimmgärten mit Minihäusern auf Maschteich geplant



**„Geplant ist auch, auf den Inseln kleine Wohnhäuser im Miniformat zu errichten“**

Legt bei den Schwimmgärten selbst mit Hand an:  
Ratscherr Andre Zingler  
(LINKE)

Die schwimmenden Gärten, die bis zum Herbst 2019 auf dem Maschteich hinter dem Rathaus die Blicke auf sich zogen, sollen auch im Jahr 2020 wieder errichtet werden. Die Initiatoren um den Künstler Joy

Lohmann wollen die Inselgärten zur Dauereinrichtung machen. „Geplant ist auch, auf den Inseln kleine Wohnhäuser im Miniformat zu errichten“, berichtet LINKEN-Ratscherr Andre Zingler, der sich im Projekt engagiert. Diese sogenannten Tiny-Häuser messen nur wenige Quadratmeter Wohnfläche. Den Strom liefern Wind und Sonne. Joy Lohmann hat solche Häuser schon auf Garteninseln in Indien gebaut. Die Nachfrage nach Schwimminseln steigt dort mit dem Meeresspiegel. Lohmann betrachtet die schwimmenden Gärten deshalb auch als Kunstwerk, das die drohende Konsequenz des Klimawandels verdeutlichen soll.

Die Garteninseln auf dem Maschteich schwimmen auf umweltverträglichen Produktionsabfällen aus Kunststoff. Anfang des Jahres 2019 hatte Umwelt- und Schulpolitiker Bruno Adam Wolf (PIRATEN) einen Antrag gestellt, das Projekt mit 30.000 Euro zu fördern. Nachdem die Ratsmehrheit diesen abgelehnt hatte, sprangen Sponsor\*innen ein. Der Abfallentsorger

aha etwa lieferte Humuserde und ausrangierte Wertstofftonnen, aus denen Schwimmbeete entstanden. Schüler\*innen bauten dort Gemüse und Kräuter an. Die Pflanzen wachsen auf dem Wasser schnell und pflegefrei, ihre Wurzeln reinigen zugleich das Gewässer. In kurzer Zeit entwickeln sich Biotope. Schmetterlinge und Libellen umkreisen die Blüten. Inmitten der Plantagen brüten Enten und Teichhühner. Die Schüler\*innen erleben sinnlich die Kreisläufe der Natur. Auf Einladung des Schulbiologiezentrums nahmen 20 Klassen daran teil, von der Aussaat bis zur Ernte. „Diese sehr praktische und wertvolle Umweltbildung wird es auch im nächsten Jahr geben“, freuen sich Wolf und Zingler.

Die sechseckigen Garteninseln tragen bis zu zehn Tonnen Gewicht. Die Wabenform erlaubte, die Gärten durch Zusammenbinden um weitere Schwimmgärten zu erweitern. Joy Lohmann hatte solche Gärten zum ersten Mal im Zuge der Expo 2000 auf dem Maschsee errichtet.

## Kleingärten müssen für Gewerbe weichen



**„Gerade in Zeiten des Klimawandels bleibt es unverstündlich, warum hier ohne Not eine wichtige Grünfläche versiegelt wird.“**

Gruppenvize  
Bruno Adam Wolf (PIRATEN)



Nach jahrelangem Streit hat das Ampelbündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP Fakten geschaffen: Der Rat beschloss gegen die Stimmen der Opposition, die 18 Kleingärten in der Hainhölzer Kolonie Friedenau zu kündigen, um dort Gewerbe anzusiedeln. Die Kleingärtner\*innen müssen nun bis zum Dezember 2020 ihre Parzellen an der Schulenburger Landstraße verlassen. Ersatzflächen sind nicht in Sicht.

In der vorausgegangenen Debatte unterstrich die Gruppe LINKE & PIRATEN die Bedeutung der Kleingärten fürs städtische Klima und als Naherholungsgebiet. Gerade in Zeiten des Klimawandels bleibe es unverstündlich, warum hier ohne Not eine wichtige Grünfläche versiegelt werde, sagte Gruppenvize Bruno Adam Wolf (PIRATEN). „Sieht so der Kampf gegen den Klimawan-

del aus, für den Sie in der Öffentlichkeit wortgewaltig einstehen?“, fragte der Umweltpolitiker insbesondere die GRÜNEN. Kaltluftgebiete wie die Kolonie Friedenau seien in trockenen heißen Sommermonaten besonders wichtig, damit überhaupt noch kühlere Luft in die dichter bebauten Gebiete der Stadt fließen könne, mahnte Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz (LINKE). Bruno Adam Wolf berichtete von seltenen Tierarten wie der Großen Bartfleidermaus, die in der Kolonie Friedenau ihre Heimat gefunden habe.

### Soziale Härten

Dirk Machentanz erneuerte seine Forderung, das Wohnen in Kleingärten zu legalisieren, bis die Wohnungsnot behoben ist. Bundesgesetzte stünden dem zwar generell entgegen. Aber es gebe einen Ermessensspielraum, den die Stadt nutzen müsse, sagte er mit Blick auf das betagte Ehepaar Inge und Peter Hutschenreiter, beide über 70 Jahre alt. Sie leben auf Dauer in ihrem Häuschen in der Kolonie Friedenau, sind dort seit 20 Jahren gemeldet und wollten in ihrer vertrauten Umgebung auch ihren Lebensabend verbringen. Hutschenreiters wähten sich auf der sicheren Seite. Sie zahlen Grunderwerbssteuer, Gebühren für Müllabfuhr und Straßenreinigung, Strom, Wasser und Telefon. Nun müssen auch sie ihr Häuschen verlassen. „Ist das der richtige Umgang mit Menschen, denen bislang noch nicht einmal ein adäquater Wohnraumsatz angeboten wurde?“, fragte Dirk Machentanz das Ampelbündnis.

### Kopfschütteln bei Betroffenen

„Wir haben alles menschenwürdige getan, um den Leuten zu helfen“, sagte GRÜNEN-Ratsherr Mark Bindert. Diese Äußerung löste bei den betroffenen Kleingärtner\*innen nur Kopfschütteln aus. Sie hatten auf der Zuschauertribüne des Ratssaals Platz genommen. „Den haben wir nie in unserer Kolonie gesehen“, kommentierte Kleingärtnerin Claudia Schneider nach der Ratssitzung. „Wir wurden nicht in-

formiert. Ich habe das Kleingartenkonzept zufällig im Internet gefunden.“ Die heutige Hartz-IV-Bezieherin ist von der Entscheidung des Rates fundamental betroffen. „Ich habe 35.000 Euro in meinen Kleingarten gesteckt. Jetzt kriege ich vielleicht noch eine Entschädigung von 3.000 Euro, die dann auch noch zum Großteil beim Amt bleiben“, erzählt sie unter Tränen. „Ich kann mir keinen neuen Garten leisten. Jede



und jeder von uns verliert richtig viel Geld. Ich habe auch nicht mehr die Kraft, mir einen neuen Garten anzulegen.“



**„Die Stadt muss das Wohnen in Kleingärten erlauben, bis sich der Wohnungsmarkt wieder normalisiert hat.“**

Gruppenvorsitzender  
Dirk Machentanz (LINKE)

Die Kolonie Friedenau ist Teil des umstrittenen Kleingartenkonzepts. Das sieht vor, gut 800 Parzellen stadtwweit in Wohnbauland umzuwandeln. Die Stadt hat das Konzept zwar für die nächsten fünf Jahre ausgesetzt, weil sie genug Bauland in den großen Baugebieten „Kronsberg-Süd“, „Wasserstadt Limmer“ und ehemaliges Oststadt-Krankenhaus hat. Der vorläufige Bestandsschutz gilt aber nicht für Parzellen, die für Gewerbe weichen sollen.

## „Sicherer Hafen“ – Mehr als eine Worthülse?



**„Oberbürgermeister Onay hat sich nach seiner Vereidigung im Rat als Brückenbauer bezeichnet. Ich hoffe, dass er diese Rolle künftig auch im Hinblick auf Aktivist\*innen wie die von der Seebrücke einnimmt.“**

Ratsherr Bruno Adam Wolf hat als Kapitän selbst schon Flüchtlinge im Mittelmeer gerettet

**A**uf Initiative der Gruppe LINKE & PIRATEN hatte der Rat im Februar 2019 nach fünfmonatigem Hin und Her die Landeshauptstadt Hannover zum Sicherem Hafen für Geflüchtete erklärt. Demzufolge soll die Stadt auch künftig Menschen helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen mussten und in Deutschland Zuflucht suchen. Um diese bisher folgenlos gebliebene Absichtserklärung mit Leben zu füllen, hatte PIRATEN-Ratsherr Bruno Adam Wolf im Namen der Ratsgruppe im Sommer 2019 einen Antrag in den Rat eingebracht. Danach soll geprüft werden, „welche Möglichkeiten der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen, die zivile Seenotrettung im Mittelmeer



Foto: Bruno Adam Wolf

konkret zu unterstützen“. Die Ratsgruppe könnte sich beispielsweise eine Unterstützung von eingetragenen Vereinen wie Jugend rettet e.V., Mission Lifeline e.V., Sea-Eye e.V. oder Sea-Watch e.V. vorstellen.

Während der Antrag im Jugendhilfeausschuss bei sieben Ja- und acht Nein-Stimmen nur knapp gescheitert war, erhielt er im Rat lediglich sechs Ja-Stimmen. 54 Kommunalpolitiker\*innen lehnten den Prü-

fauftrag ab. „Ich habe wenig Verständnis dafür, dass sich eine breite Ratsmehrheit gegen unseren Antrag gestellt hat, bei dem es erstmal um nicht mehr als eine Prüfung der Möglichkeiten geht“, sagte Ratsfrau Brigitte Falke (LINKE) während der Debatte im Rat.

Besonders bemerkenswert war das Auftreten der GRÜNEN-Fraktion. Ihre Mitglieder stimmten geschlossen gegen den Antrag, obwohl ihre Partei allerorten den Eindruck erweckt, sie seien die Vorkämpfer\*innen zur Unterstützung von Seenotrettungen im Mittelmeer. Im Rat äußerten sie sich nicht zur Sache, sondern beantragten stattdessen ein Ende der Debatte. Dies führte zu ungläubigem Staunen und Raunen auf der Rattribüne, wo Seebrücke-Aktivist\*innen Ende November 2019 die Debatte mitverfolgten.



Foto: Bruno Adam Wolf

Auch der neue Oberbürgermeister Belit Onay (GRÜNE) stimmte gegen den Antrag. Im Wahlkampf hatte er sich bezogen auf die Mittelmeer-Flüchtlinge noch für eine engagiertere Politik in Hannover ausgesprochen. „Oberbürgermeister Onay hat sich nach seiner Vereidigung im Rat als Brückenbauer bezeichnet. Ich hoffe, dass er diese Rolle künftig auch im Hinblick auf Aktivist\*innen wie die von der Seebrücke einnimmt“, kommentierte Gruppen-Vize Bruno Adam Wolf (PIRATEN) die Ablehnung des von ihm initiierten Antrages.



## Béi Chéz Heinz will Neubau auf Fössebad-Gelände Betreiber des Musikclubs wollen Kosten selbst aufbringen



**„Eine Europäische Kulturhauptstadt in der ‚UNESCO City of Music‘ Hannover im Jahr 2025 ohne den bundesweit anerkannten alternativen Musik- und Kulturclub Béi Chéz Heinz ist eigentlich undenkbar und wäre eine Schande für unsere Stadt.“**

Gruppenvorsitzender  
Dirk Machentanz (LINKE)

Die Betreiber\*innen des alternativen Clubs Béi Chéz Heinz lassen nicht locker, um ihren renommierten Musikladen auf dem Fössebad-Gelände in Limmer zu

retten. Geschäftsführer Jürgen Grambeck hat Pläne für einen Neubau auf den Tisch gelegt und dafür eine rund 1.300 Quadratmeter große Fläche zwischen Liepmanstraße und Fösseweg nahe dem Eingangsbereich zum alten Freibad vorgesehen. Die Betreiber\*innen wollen den Bau mit Spenden und Krediten selbst bezahlen.

Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz kündigt an, im Rat massiv Lobbyarbeit für den Neubauplan zu machen. Die Ratsgruppe setzt sich seit Jahren für den Verbleib des Musikclubs am angestammten Standort auf dem Gelände des Fössebads ein.

Das Béi Chéz Heinz ist im Keller des alten Hallenbads untergebracht. Wenn das Bad



abgerissen wird, muss der Musikclub ausziehen. Nach bisherigen Planungen ist damit Ende 2022 zu rechnen. In den weiteren Planungen der Stadt fürs Fössebad steht der Club außen vor. Das Béi Chéz Heinz kommt im Gegensatz zu vielen anderen kulturellen Einrichtungen ohne städtische Zuschüsse aus.

## Stefan Schostok erhält schon heute mit 55 Jahren Ruhestandsbezüge Ratsgruppe will Frühverrentung von Bürgermeister\*innen stoppen



Ex-Oberbürgermeister Stefan Schostok (55) erhält trotz vorzeitigem Ausscheiden aus dem Amt Ruhestandsbezüge in Höhe von fast 4.000 Euro.

Obwohl Ex-Oberbürgermeister Stefan Schostok (SPD) im Mai dieses Jahres mit 55 Jahren vorzeitig aus dem Amt geschieden ist, erhält er seitdem Ruhestands-

bezüge von knapp 4.000 Euro im Monat. Er darf in einem neuen Job etwas mehr als 6.000 Euro im Monat verdienen, ohne dass er Abstriche vom Ruhestandsgeld hinnehmen muss. Wenn es nach der Gruppe LINKE & PIRATEN geht, ist damit bald Schluss. Sie will die Frühverrentung von Bürgermeister\*innen in Niedersachsen stoppen. Die Pensionszahlungen sollen künftig erst bei der Altersgrenze beginnen, die für Minister\*innen der Landesregierung gelten. Laut Gruppenantrag soll sich die Landeshauptstadt mit einer Resolution beim Niedersächsischen Städtetag und auch direkt bei der Landesregierung für eine solche Neuregelung einsetzen.

Im Ministergesetz des Landes ist festgelegt, dass Ruhestandsbezüge bei einer bis zu achtjährigen Amtszeit erst ab dem 60. Lebensjahr gezahlt werden. Hat die

Ministerin oder der Minister bis zu 13 Jahre den Job gemacht, setzen die Pensionszahlungen ab dem 55. Lebensjahr ein. Für Bürgermeister\*innen reicht dagegen eine Amtszeit von fünf Jahren, um sofort die vollen Ruhestandsbezüge ein Leben lang zu bekommen – theoretisch schon ab dem 30. Lebensjahr. Stefan Schostok hat die fünf Jahre zusammenbekommen und bekommt deshalb 35 Prozent der zuletzt erhaltenen Bürgermeisterbesoldung von rund 11.300 Euro im Monat.

Diese Regelung schade dem Ansehen der hauptamtlichen Bürgermeister\*innen, heißt es im Antrag der Ratsgruppe. „Es ist den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern nicht zuzumuten, Ruhestandsbezüge von ehemaligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu bezahlen, wenn diese noch deutlich von der Rentenaltersgrenze entfernt sind“, ist Gruppenvorsitzender Dirk Machentanz überzeugt.

## Straßenbenennung in Davenstedt-West: „Neutral-Moresnet“ erinnert an historische Friedensregion



Bürgermeister Luc Frank aus Kelmis (Belgien), PIRATEN-Bezirksratspolitiker Siegfried Egyptien und Bezirksbürgermeister Rainer Göbel (v.r.n.l.) nahmen die offizielle Enthüllung der Straßennamen- und Legendenschilder gemeinsam vor.

**A**uf Initiative von Bezirksherr Siegfried Egyptien (PIRATEN) führt eine bisher namenlose Wegeverbindung im Stadtbezirk Ahlem-Badenstedt-Davenstedt nunmehr offiziell den Namen „Neutral-Moresnet“. Der Stadtbezirksrat hatte die Namensgebung für die Grünverbindung zwischen Sickenberghof und Davenstedter Straße im März 2019 einstimmig beschlossen. Siegfried Egyptien sei für seine Hartnäckigkeit und seine großes Interesse an dem historischen Kleinstaat Neutral-Moresnet zu danken, kommentierte die Hannoversche Allgemeine Zeitung.

Das historische Neutral-Moresnet entstand nach Ende des napoleonischen Krieges bei der Neuordnung Europas. Da sich Preußen und die Niederlande nicht einigen konnten, wer dieses Gebiet mit seinen Bodenschätzen besitzen darf, wurde es für neutral erklärt und entmilitarisiert. Neutral-Moresnet lag zwischen dem niederländischen Alt-Moresnet (Moresnet-Chapelle) im Westen, heute Teil der wallonischen Gemeinde Plombières, und Preußisch-Moresnet im Osten, heute Teil der Gemeinde Kelmis in der deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens. Es existierte völkerrechtlich von 1816 bis 1919, wurde von einem niederländischen und preußischen Kommissar verwaltet.

„Mit meiner Namensgebung-Initiative wollte ich an das Gebiet des Friedens erinnern“, so PIRATEN-Politiker Egyptien. Fast hundert Jahre gab es in Neutral-Moresnet keinen Krieg - obwohl dort Galmei, das für die Zink- und Messingherstellung notwendig war, abgebaut, verhüttet und nach ganz Europa exportiert wurde. Diese außergewöhnlich lange Friedensperiode auf dem sonst kriegsgeschüttelten alten Kontinent

fand erst 1914 ein Ende. Kaiserliche deutsche Truppen unter Führung des hannoverschen Generals Otto von Emmich, der als „Schlächter von Lüttich“ in die Geschichte einging, besetzten das Gebiet bei ihrem Überfall auf Belgien.

„Es ist uns eine Ehre und wir sind stolz, dass man hier in Hannover an uns und die Historie unserer Region denkt“, erklärte Bürgermeister Luc Frank aus Kelmis. Er war gemeinsam mit weiteren Gemeindevertretern zur Enthüllung der Straßennamen- und Legendenschilder am 25. Oktober 2019 aus Belgien angereist. Und er brachte als Gastgeschenk zwei Bücher mit engem Bezug zu „Neutral-Moresnet“ mit. „Wir haben uns vorgenommen, Kelmis und unsere besondere Vergangenheit bekannter zu machen“, so Frank. Die beiden Titel - „Niemandes Land: Die unglaubliche Geschichte von Moresnet, einem Ort, den es eigentlich gar nicht geben durfte“ von Philip Dröge (Piper) und „Zink“ von David Van Reybrouck (Suhrkamp) - befinden sich im Bestand der Stadtbibliothek.

## Trauer nicht nur in Ricklingen: PIRATEN-Bezirksratsherr Andreas Fauteck verstorben



Unerwartet und viel zu früh verstarb am 24. Oktober 2019 im Alter von nur 55 Jahren Bezirksratsherr Andreas Fauteck. Über die Liste der PIRATEN-Partei war der Beschäftigte eines Telekommunikationsunternehmens 2016 in den Stadtbezirksrat Ricklingen gewählt worden. Zunächst wirkte er als Einzelvertreter in dem Kommunalgremium mit. 2018 bildete er mit dem Einzelvertreter der LINKEN, Sven Steuer, eine Bezirksrats-Gruppe, die er als Vorsitzender

führte. Später kam noch die Tätigkeit in der Kommission Sanierung Soziale Stadt Oberricklingen Nord-Ost hinzu, wo er sich mit großem Engagement für die Belange der Bürger\*innen eingesetzt hat.

Mit seiner Offenheit gegenüber anderen Menschen, auch mit seiner Fähigkeit zuzuhören und Kompromisse zu finden, schenkte Andreas Fauteck vielen ein Ohr. Egal ob seine Kolleg\*innen im Betriebsrat, ob persönliche Freund\*innen oder politische Partner\*innen - überall war er mit seinem ruhigen Gemüt und seinem klugen Handeln beliebt. Alle erinnern sein großes Herz, seine Liebenswürdigkeit und seine enorme Hilfsbereitschaft, auch seinen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und seinen Humor.

Der Ledige zählte zu den Fleißigen in der Kommunalpolitik: In den knapp drei Jahren seiner kommunalpolitischen Tätigkeit wirkte Andreas Fauteck an 45 Anträgen mit und stellte darüber hinaus acht Anfragen. Aber

er engagierte sich nicht nur in der Kommunalpolitik. Als Mitglied der Gewerkschaft ver.di war er ehrenamtlich als Arbeitsrichter tätig, wirkte auch im Landesschiedsgericht der PIRATEN-Partei mit. Zudem gründete er mit Gleichgesinnten in Hannover den eingetragenen und mittlerweile gemeinnützigen Verein „Erfahrung-Teilen“. Dahinter steht der Gedanke, dass man Erfahrung nicht nur sammeln, sondern auch teilen soll. Als einer von mehreren Internetpaten engagierte er sich für und mit Menschen, die das Internet bisher nicht nutzen oder nutzen konnten und damit von den beruflichen und sozialen Chancen der digitalen Medien ausgeschlossen sind.

„Wir sind traurig, dass wir dich verloren haben, aber dankbar, dass wir dich hatten“, formulierten Freunde in einer der zahlreichen Traueranzeigen. Und seine Betriebskolleg\*innen schrieben: „Wir werden ihn sehr vermissen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

## Fössebad: GRÜNE gefährden Neubau des Außenbeckens



**„Das Ampelbündnis muss endlich deutlich mehr Geld für die Instandhaltung und Sanierung der Schwimmbäder geben. Warum die GRÜNEN ein neues Bäderkonzept haben wollen und damit den Neubau des Außenbeckens im Fössebad gefährden, ist nicht nachvollziehbar.“**

David Müller  
Vorsitzender der  
Linksfraktion im  
Bezirksrat Linden-Limmer

Seit Bekanntwerden des hohen Sanierungsaufwands beim Stadionbad fordert die GRÜNEN-Fraktion im Rat ein neues Bäderkonzept. Danach soll es beim geplanten Neubau des Fössebads in Limmer neben dem 50-Meter-Becken auch eine große Zuschauertribüne für bis zu 500 Personen geben.

Die Ratsgruppe LINKE & PIRATEN wie die Linksfraktion und der PIRAT im Stadtbezirksrat Linden-Limmer kritisieren das aus

mehreren Gründen. Die Zuschauertribüne würde die Verkehrsinfrastruktur in der Nähe des Fössebads überfordern. Es fehlen die erforderlichen Parkplätze für die vielen Besucher\*innen, die bei sportlichen Wettkämpfen mit dem Auto anreisen. „Wenn der Bau der Tribüne aus dem vorhandenen Budget bezahlt wird, verzögert sich der Neubau des Außenbeckens weiter oder findet gar nicht mehr statt“, mahnt David Müller, Vorsitzender der Linksfraktion im Stadtbezirksrat. „Schließlich gab es genau darum jahrelangen Streit.“

Stadtverwaltung und das Ampelbündnis aus SPD, GRÜNEN und FDP planten lange, nur das Hallenbad, nicht aber das marode, seit 2012 geschlossene Außenbecken neu zu bauen. Erst nach erheblichen Protesten aus dem Stadtbezirk und jahrelangem Druck von LINKEN und PIRATEN in Rat und Bezirksrat schwenkte das Ampelbündnis um.

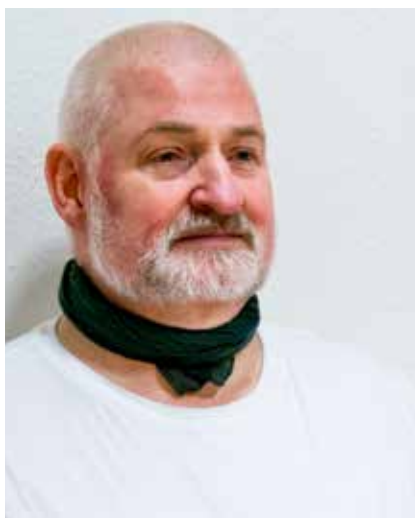
„Es ist seit langem bekannt, dass die städtischen Bäder über das Stadionbad hinaus marode sind“, sagt Gruppenvorsitzender



Dirk Machentanz. „Das Ampelbündnis muss endlich deutlich mehr Geld für die Instandhaltung und Sanierung der Schwimmbäder geben. Warum die GRÜNEN ein neues Bäderkonzept haben wollen, ist nicht nachvollziehbar“, sagt David Müller

Das Stadionbad ist als Hannovers einziges öffentliches Wettkampfbad ein schwerer Sanierungsfall. Alle Fensterscheiben müssen ausgewechselt und möglicherweise die gesamte Fassade komplett erneuert werden. Die städtische Sportverwaltung rechnet mit einer Schließzeit von mindestens zwei Jahren.

## Ricklingen: Software-Entwickler Joachim Roden neuer PIRATEN-Bezirksratscherr



Die Nachfolge des im Oktober 2019 verstorbenen Bezirksratscherrn Andreas Fauteck hat für die PIRATEN-Partei Joachim Roden angetreten. Der 63-Jährige Software-Entwickler wurde am 5. Dezember 2019 in der Sitzung des Stadtbezirksrates Ricklingen als neues Mitglied des Bezirksrates verpflichtet. „Ich werde mein

Mandat nach bestem Wissen und Gewissen wahrnehmen“, erklärte der IT-Experte.

Gut vorbereitet hat er sich schon auf seine erste Sitzung, in der u.a. öffentlich über einen Bebauungsplan sowie Zuwendungen aus den Mitteln des Integrationsbeirates Ricklingen und nicht-öffentlich über einen Betreibervertrag für eine Aussiedler- und Flüchtlingsunterkunft zu entscheiden war. Und verriet: „Bei meinen Entscheidungen lasse ich mich von einer Maxime der PIRATEN-Partei leiten: Denk selbst!“

## „Der Lokale Integrationsplan sollte ein Lokaler Inklusionsplan werden“

Parwaneh Bokah, beratendes Mitglied im Internationalen Ausschuss, zur Integrationspolitik in der Landeshauptstadt



Parwaneh Bokah

**RATSKOMPASS: Viele können sich unter dem Ratsausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation, kurz Internationaler Ausschuss, kaum etwas vorstellen. Mit welchen Themen beschäftigen sich die Kommunalpolitiker\*innen dort?**

Parwaneh Bokah: Bisher werden Themen der Integration besprochen und nicht, wie man vielleicht vermuten könnte, internationale Themen. Die sind im Ausschuss des Oberbürgermeisters angesiedelt: Internationale Kontakte, Schüler- und Studenten-Austausch oder, dass wir Parlamentarier und Fachleute aus anderen Ländern einladen und solche Sachen.

**Ist das nicht etwas verwirrend?**

Das finde ich auch. Da hätte ich gern eine Änderung. Wenn der Internationale Ausschuss schon so heißt, dann soll er sich auch mit internationalen Themen beschäftigen und nicht nur mit Integrationsthemen. Da müsste man etwa über den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und die Besetzung von Teilen Nordsyriens durch die türkische Armee sprechen. Schließlich hat dieser Krieg auch Auswirkungen auf das Zusammenleben in unserer Stadt, wie nicht zuletzt die vielen Demonstrationen kurdischer Mitbürgerinnen und Mitbürger gezeigt haben.

**Was steht beim Thema Integration zurzeit auf der Tagesordnung?**

Derzeit geht es vor allem darum, den Lokalen Integrationsplan (LIP) weiterzuentwickeln. Der LIP ist ein Plan aus den späten 1990er Jahren. Er hat sämtliche Pläne zur Integration von Menschen, die hierherkommen, zusammengefasst und war damals nur für die nächsten Jahre gedacht. Mit der Weiterentwicklung des LIP befasst sich eine Arbeitsgruppe. Im Januar soll es eine große Veranstaltung geben, auf der die Ergebnisse vorgestellt werden.

**Wie sollte sich Ihrer Meinung nach der Lokale Integrationsplan weiterentwickeln?**

Der Lokale Integrationsplan sollte aus meiner Sicht ein Lokaler Inklusionsplan werden. Der Unterschied zwischen Integration und Inklusion ist ein ganz grundlegender. Integration bedeutet: Wir machen die Menschen, die hierherkommen, zu einem Teil von dem, was wir sind und denken: zu unserer Philosophie, zu unserer Politik, zu unserer Lebensweise. Die Inklusion bewegt im Gegensatz dazu die Gesellschaft insgesamt hin zu den Kulturen der Menschen, die hierhergekommen sind, und nicht nur umgekehrt. Es wird nicht mehr versucht, irgendwie ‚gleichzuschalten‘, sondern die Eigenheiten jeder Kultur beizubehalten und trotzdem Toleranz und Gemeinschaft zu schaffen.

**Warum soll das besser sein als Integration?**

Wir haben festgestellt, dass Integration nicht funktioniert. Also die Erwartung, dass Menschen, die hierherkommen und leben, eine andere Lebensweise und Religion womöglich haben, auf einmal gute Deutsche werden. Das hat nicht geklappt, und das konnte man auch nicht erwarten. Menschen lassen sich ihre Kultur, ihre

**Zur Person:**

„Ich bin von Anfang an ein politisch aktiver Mensch gewesen“, sagt Parwaneh Bokah rückblickend. Das wurde der Iranerin in ihrem Heimatland zum Verhängnis, weil sie sich gegen die Islamische Republik stellte. Nach Haft und Folter gelang der Sozialwissenschaftlerin und Journalistin 1984 die Flucht in die Türkei und schließlich nach Deutschland, wo sie politisches Asyl beantragte. Bokah war Vorsitzende des letzten direkt gewählten Ausländerbeirats der Landeshauptstadt. Die 61-jährige engagiert sich in der politischen Bildung, gibt Kurse für Migrant\*innen und war bis zu ihrer Pensionierung infolge einer schweren Krankheit Leiterin der Dokumentationsstelle Mittlerer und Naher Osten der Universität Hannover. Sie ist seit neun Jahren Mitglied der LINKEN und sitzt auf Vorschlag der Gruppe LINKE & PIRATEN als beratendes Mitglied im Internationalen Ausschuss.

Identität, ihre Religion, ihre Lebensweise nicht einfach wegnehmen und geben das auf zugunsten dessen, was hier ist. Dann provoziert du Widerstände und schaffst Ghettos. Inklusion ist das genaue Gegenteil, nämlich die Eigenheiten eines jeden Volkes als Reichtum für die Gemeinschaft zu begreifen.

**Was wünschen Sie sich für Ihre weitere Arbeit im Internationalen Ausschuss?**

Ich vermisse das Stimmrecht für die beratenden Mitglieder. Im ehemaligen Ausländerbeirat war das anders, deren Mitglieder wurden sogar direkt gewählt. Dann kümmert sich der Ausschuss nicht um eine Aufenthaltserlaubnis für Geflüchtete. Wenn sie hier nur zwei Jahre bleiben dürfen, dann brauchen sie die deutsche Sprache nicht zu lernen. Wenn die Geflüchteten einen Sprachkurs machen sollen, dann sollte man ihnen eine gesicherte Zukunft geben.

**Wer bleiben darf und wer nicht, dürfen die Kommunalpolitiker\*innen doch gar nicht entscheiden.**

Aber wir könnten darüber im Ausschuss sprechen, uns für die Geflüchteten einsetzen, um so Druck aufzubauen.